

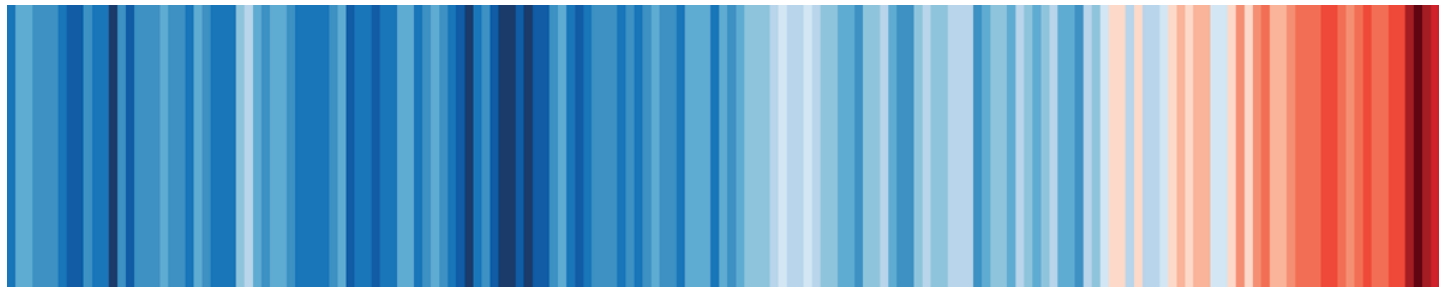
PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 5. MAI 2021



DEBATTE **KONSEQUENZEN AUS ENTSCHEIDUNG ZU KLIMASCHUTZGESETZ**

In einer Aktuellen Stunde des Landtags ging es heute um den Klimaschutz. Die Erde erwärmt sich, wie im Titelbild dargestellt – blaue Striche stehen dort für kalte, rote für heiße Jahre. Zu sehen ist deutlich: Die vergangenen Jahre auf der rechten Seite waren fast durchgängig zu heiß. Konkret befasste sich das Parlament mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz des Bundes. Denn dieses, so das Gericht, sei in Teilen verfassungswidrig, da es die Last der Bekämpfung des Klimawandels zum großen Teil auf unfaire Weise auf die jüngeren Generationen verteile, nämlich auf den Zeitraum nach 2030. „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eine faustdicke Überraschung – doch keine böse“, sagte der Sprecher für Klima und Umwelt der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede. „Es war eine Überraschung, über die wir uns freuen“.



Grafik: Ed Hawkins, NCAS, University of Reading

„Das Urteil war aber auch eine Klatsche. Keine Klatsche für die Bundesregierung und schon gar nicht für das federführende Ressort, das ein weitaus besseres Klimaschutzgesetz haben wollte“, so Gottschalk weiter. „Es ist eine Klatsche für die Bremser in der Bundesregierung und in der Regierungskoalition – insbesondere für das Bundeswirtschaftsministerium und ihren Minister Peter Altmaier, aber auch für das sprichwörtliche, klimapolitische Bermudadreieck in der CDU und den damit verbundenen Lobbyisten-Sumpf!“

Die Generationengerechtigkeit – der Kern des Urteils – sei durch die aktuellen Reduktionsziele der Bundesregierung nicht abgedeckt. Die ungerechte Verteilung der Lasten des Klimaschutzes habe das Bundesverfassungsgericht nun aufs Korn genommen. „In der Konsequenz bedeutet das – auch wenn es nicht so explizit in dem Urteil drinsteht – dass die CO₂-Reduktion schon bis 2030 erheblich schneller vorangetrieben werden muss!“, erklärte der Sozialdemokrat.



Arno Gottschalk

Aus Sicht der SPD-Fraktion habe dies drei konkrete Bedeutungen, führte Gottschalk weiter aus. „Erstens muss ein erheblich schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien,

insbesondere der Windenergie und der Photovoltaik, in Bremen erfolgen“. Auch die Photovoltaik-Pflicht für Neubauten und die Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude müsse schnell kommen. „Zweitens wird der CO₂-Preis im Bund schneller steigen müssen“, so der SPD-Klimapolitiker weiter. „Das ist unausweichlich, um den notwendigen breiteren Druck über die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft hinweg zu entfalten.“ Und drittens werde es gezielter Hilfen für Teile der Wirtschaft bedürfen, um sie beim Umbau ihrer Produktion und der Entwicklung klimafreundlicher Produkte zu unterstützen. Dies gelte insbesondere für die Grundstoff- und Stahlindustrie. „Diese Industrien, die mit Abstand die größten Emittenten von CO₂ sind, dürfen nicht abwandern – sie müssen ihre Konversion hier schaffen“, machte Gottschalk deutlich. „Nur das wird dem Klima helfen!“

„Die Kosten für die Umstellung der Stahlindustrie auf Wasserstoff werden allerdings immens sein. Die Stahlindustrie wird daher Unterstützung benötigen und diese Gelder dürfen nicht durch hohe Beteiligung der Bundesländer aufgebracht werden!“, mahnte der SPD-Abgeordnete. Dies wäre vor allem für den Stahlstandort Bremen fatal. „Was wir brauchen, ist eine nationale Stahlstrategie, die ausgestattet ist mit einem großen Transformationsfonds des Bundes!“

„Für die Wirtschaft insgesamt gilt in unseren Augen: Wir dürfen sie nicht abwürgen,

sonst bekommen wir eine Krise, die fatale Folgen haben wird“, mahnte Gottschalk weiter. „Wir dürfen sie nicht abwürgen, sondern müssen die Wirtschaft modernisieren und sie grundlegend umbauen – das ist die Aufgabe, die es zu lösen gilt!“ – die jedoch mit hohen Kosten einhergehe. „Mehr Klimaschutz wird unweigerlich mehr Geld kosten, viel mehr Geld!“, so der Sozialdemokrat am Ende seiner Rede. „Wer über mehr Klimaschutz redet, darf nicht länger darüber schweigen, wie er diesen finanzieren will! Denn mit dem Fetischismus der Schwarzen Null im Haushalt des Bundes werden wir keine grüne Null bei den CO₂-Emissionen erreichen!“

In einer Kurzintervention machte Gottschalk dann noch einmal deutlich, dass es sich beim Klimawandel keineswegs nur um eine nationale Herausforderung handle. „Es geht um die Erwärmung der Erde, um eine planetarische Herausforderung – und es wird internationale Anstrengungen benötigen, um diese Herausforderung zu meistern“. Es sei erfreulich, dass es Zeichen sowohl aus den USA als auch aus China gebe, zu einer Kooperation zu kommen, so der SPD-Politiker weiter. „Doch dies kann auch zu mehr internationaler Spannung führen – dies darf keinesfalls in einem Rüstungswettlauf enden! Wir müssen alle daran mitwirken, dass es in dem vielleicht unausweichlichen Machtkampf zwischen den USA, der EU und China nur darum geht, wer zuerst klimaneutral ist!“



Foto: Bremische Bürgerschaft

DEBATTE **KLIMASCHUTZ-ENQUETEKOMMISSION** LEGT ZWISCHENBERICHT VOR

Das Thema Klimaschutz stand noch ein zweites Mal auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung: Der Zwischenbericht der Klimaschutz-Enquetekommission wurde dem Parlament zur Kenntnis gegeben. In dem Zwischenbericht, den die Kommission zur Erarbeitung einer Klimaschutzstrategie für das Land Bremen in den Wochen und Monaten zwischen Mai 2020 und Februar 2021 erarbeitet hat, wurden bereits erste Handlungsempfehlungen, aber auch Konfliktpunkte festgehalten. „Es geht um nichts anderes als um die Revolution des Betriebssystems von Wirtschaft und Gesellschaft“, führte Carsten Sieling, stellvertretender Vorsitzender der Enquetekommission und dort auch zugleich Obmann der SPD-Fraktion, während seiner Rede aus. „Es muss uns darum gehen, die großen Brocken zu adressieren – und uns nicht an kleinen Maßnahmen zu verkämpfen!“

Denn das im Einsetzungsbeschluss der Kommission festgehaltene Ziel, nämlich die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, sei ein großes. „Doch es gibt nicht wenige Hinweise aus der Wissenschaft, die sagen, dass dieses nur schwerlich erreichbar ist“, betonte Sieling weiter.

Vier große Handlungsfelder seien deshalb mit dem Zwischenbericht identifiziert worden: Kohleausstieg, Industrie, Gebäude und Verkehr. „Beim Kohleausstieg ist Bremen schneller als die meisten Länder in unserer Republik“, so der SPD-Abgeordnete. Dies bedeute aber zeitgleich, dass erneuerbare Energien gestärkt werden müssten. Ein wichtiger Faktor, welcher auch beim zweiten wichtigen Themenfeld zum Tragen komme: dem industriellen Strukturwandel. „Die Enquetekommission ist das erste Gremium in Bremen, das die Stahlproduktion adressiert und sagt: Wir wollen da ran!“, so der Sozialdemokrat. Und weiter: „Der Hochofen ist ein Symbol der Vergangenheit. Eine neue Stahlproduktionsroute solle auf den Weg gebracht werden – unter Zuhilfenahme von Strom und Gas strebe man bis 2030 erhebliche Reduktionen des CO₂-Ausstoßes an.“

„Ganz in Grün wird dies jedoch nicht direkt funktionieren“, betonte Sieling. „Es wird mit Erdgas gearbeitet werden müssen – das ist eine Brückentechnologie, die man als Übergang einfach akzeptieren muss“. Eine Umstellung auf grün produzierten Wasserstoff sei später jedoch möglich und vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex sei der Bereich rund um Gebäude. Neubauten seien in fast allen Fällen durch strenge Neubaustandards klimaeffizient – doch die Problematik liege, so Sieling, woanders: „Die Sanierung im Bestand ist die große Herausforderung!“. In Bremen liege die Sanierungsquote bei einem, vielleicht zwei Prozent der Bestandsbauten pro Jahr. „Erst in 50 Jahren wären alle Gebäude dann durchsaniiert. Wir wollen, dass öffentliche Gebäude hier eine Vorbildfunktion haben!“

Das letzte Themenfeld, das das SPD-Enquetemitglied in seiner Rede anführte, war der Verkehr. Die Forderung sei klar: „Wir müssen weg vom Verbrenner!“. Der Umstieg auf E-Mobilität, aber auch ÖPNV sowie Rad- und Fußmobilität, müssten gestärkt werden. „Auch das ist kein Weg,

den wir von heute auf morgen zurücklegen“, so Sieling. „Zudem müssen wir uns der Debatte stellen: Soll man stark drücken und die Leute schubsen oder soll man lieber Anreize schaffen und Alternativen bieten? Ich bin klar für das Zweite!“

„Ich bin froh, dass wir im ÖPNV-Ausbau klare Signale setzen, und ich halte den ticketfreien Nahverkehr, so wie es die SPD will, für richtig“, betonte der Sozialdemokrat. „Nur so kommen wir im Verkehr weiter.“

Eines dürfe man bei alledem nicht aus den Augen verlieren, so Sieling am Ende seiner Rede: „Ein ambitionierter Klimaschutz ist ein Wachstumsprogramm, das Arbeitsplätze schafft und dadurch die Gesellschaft zusammenhalten kann. Nicht der Verzicht, sondern eine gute Perspektive für die Menschen ist das, was den Klimaschutz schlussendlich voranbringen wird!“

> Zwischenbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

http://bit.ly/Enquete_Zwischenbericht

ANTRAG **HASSKRIMINALITÄT GEGEN QUEERE MENSCHEN BEKÄMPFEN!**

Die Zahl der Straftaten gegen LGBTIQ*-Personen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Und die Dunkelziffer ist zusätzlich vermutlich sehr hoch. Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, mit dem Hasskriminalität gegen queere Personen entschlossen bekämpft werden soll. Ein wesentlicher Punkt ist dabei eine Verbesserung der Statistiken, sodass der queerfeindliche Hintergrund der Taten auch als solcher erfasst wird.

Antje Grotheer, Sprecherin für Queer der SPD-Fraktion, machte das Thema zu Beginn ihrer Rede anschaulich nachvollziehbar. Sie erinnerte die anderen Abgeordneten im Plenum daran, wie es ist, frisch verliebt zu sein, das gute Gefühl der Nähe, das Händchenhalten oder Küssen in der Öffentlichkeit. Und dann schloss sie die Frage an, wer von ihnen sich dabei zunächst umschauen musste, die Umgebung in den Blick nehmen, weil es gefährlich sein könnte, sich so in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Queere Personen sähen sich gezwungen, dies zu tun, weil sie befürchten müssten, Opfer von Beleidigungen oder sogar körperlichen Angriffen zu werden. Grotheer: „Wenn vor jedem verliebten Blick, vor einer Umarmung, vor einem Kuss im öffentlichen Raum zuerst die Umgebung gecheckt werden muss, wenn Menschen sich nicht sicher im öffentlichen Raum bewegen können, wenn sie bestimmte Orte aus Angst vor Gewalt meiden oder eher



Antje Grotheer



das Fahrrad als öffentliche Verkehrsmittel nehmen, um nicht Opfer von homo- und transphoben Vorfällen zu werden, dann ist das eine erhebliche Einschränkung von Freiheit. Deshalb muss die Politik hier deutlicher eingreifen als bisher, muss ein gesellschaftliches Klima schaffen, in der jede Person sich angstfrei bewegen kann.“

Solche Straftaten hätten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, und die Dunkelziffer liege vermutlich noch deutlich höher, so Grotheer. Denn zum einen scheuten sich Opfer, die Taten auch zur Anzeige zu bringen und zum anderen würden diese Straftaten oft nicht mit ihrem spezifischen Hintergrund erfasst. Um dies

zu ändern, sieht der koalitionäre Antrag unter anderem vor, dass queerfeindliche Straf- und Gewalttaten in der polizeilichen Statistik gesondert ausgewiesen werden. Auch soll der Senat ein Konzept erarbeiten, durch das mehr Menschen, die Opfer oder Zeug:in von solchen Taten geworden sind, diese auch zur Anzeige bringen.

„Wir wollen mit diesem Antrag für mehr Sichtbarkeit sorgen“, so Grotheer abschließend. „Und wir wünschen uns, dass unsere plurale Gesellschaft sich weiter zu mehr Offenheit und Akzeptanz hin entwickelt. Wir leben im 21. Jahrhundert. Da sollten Verbesserungen endlich möglich sein.“

ANFRAGE **BARRIEREFREIHEIT IN DER WISSENSCHAFT SCHREITET VORAN**

Wie inklusiv und barrierefrei sind die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven? Das wollte die rot-grün-rote Koalition in einer großen Anfrage vom Senat wissen. Heute nun wurde die Antwort des Senats in der Bürgerschaft debattiert. Und die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Janina Brünjes, zog ein positives Fazit. Fest stehe aber auch, dass weiter an diesem Thema gearbeitet werden müsse.

„Alle Menschen sollen die gleiche Chance haben, am Leben teilzuhaben – in diesem Falle zu studieren und Wissenschaft zu betreiben“, betonte Brünjes zu Beginn ihrer Rede. „Weiterqualifizierung und lebenslanges Lernen müssen für alle gelten und dürfen niemanden ausschließen. Trotzdem haben Menschen mit Behinderungen in

Deutschland nicht die gleichen Chancen, sei es im Studium oder im späteren Beruf. Dabei gehen die Einschränkungen über die Gehbehinderung hinaus, denn auch besondere Bedarfe beim Sehen, Hören sowie diversen weiteren Beeinträchtigungen gehören dabei berücksichtigt. Das zeigt, dass es in vielerlei Hinsicht Hürden und Barrieren zu überwinden gilt.“



Janina Brünjes

sich bei der Barrierefreiheit und Inklusion in der Wissenschaft bereits viel entwickelt hat“, betonte sie. „Alle Hochschulen im Land Bremen bringen das Thema weiter voran, das Studierendenwerk findet individuelle Lösungen und die Forschungseinrichtungen unternehmen vielfach bauliche Anstrengungen.“

„Wichtig ist aber auch: Wir sind noch nicht am Ziel und müssen weiter daran arbeiten, Hürden zu überwinden“, so Brünjes abschließend. „Menschen mit Behinderungen steht eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen zu – auch in der Wissenschaft. Und auf diese Potenziale können und wollen wir auf keinen Fall verzichten!“

Die Antwort des Senats auf die große Anfrage bewertete die Sozialdemokratin positiv. „Insgesamt ist festzuhalten, dass

ANTRAG **NOCH BESSERE STANDARDS FÜR ESSEN IN SCHULEN**

Die neu aufgelegten Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sollen in den Schulen und Mensen in Bremen und Bremerhaven umgesetzt werden. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen.

„Ernährung ist mehr als nur die Summe der Nährstoffe“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, heute in ihrer Rede. „Gemein-



Gönül Bredehorst

sames gutes Essen prägt langfristig die Ernährungsge-
wohnheiten und die Wertschätzung für Lebensmittel. Was Schulen an Essen und Getränken anbieten und dabei an Zusammenhalt und sozialer Bindung

erlebbar machen, prägt Geschmacks- und Handlungsmuster bis ins Erwachsenenalter. Entsprechend können Schulen hier entscheidende Weichen stellen.“

Bereits im rot-grün-roten Koalitionsvertrag sei herausgehoben worden, welche Bedeutung nachhaltige Ernährung habe. Und Nachhaltigkeit sei hier nicht nur in Bezug auf eine gesunde, ausgewogene Ernährung zu verstehen, sondern auch in Bezug auf Ressourcenschonung und Klimaschutz.

„Mit der Überarbeitung der DGE-Standards im letzten Jahr wurde das Thema Nachhaltigkeit in den Qualitätsstandards fest verankert“, führte Bredehorst aus. „Dabei geht es vor allem um bessere Planung von Essensportionen und damit um Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Man spart auch Geld dabei, welches man wieder in die Produkt-Qualität investieren kann. Die DGE-Standards bilden seit dem Jahre 2010

die Basis für die Qualitätssicherung in unseren Schulmensen und sie sind Grundlage für eine vollwertige Schulverpflegung und des Nationalen Aktionsplans ‚IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung‘.“

Diese überarbeiteten Standards, so sieht es der heute im Parlament verabschiedete Antrag vor, sollen nun in den Bremer Schulen zur Anwendung kommen. Für Bredehorst ist dies eine richtige Entscheidung und ein konsequenter nächster Schritt.

„Unser Antrag ist nur eine Unterstützung dessen, was bereits seit über zehn Jahren von Schulmensen und Lehrenden an Bremens Schulen geleistet wird“, sagte sie zum Abschluss. „Die neu aufgelegten DGE-Standards sind dabei ein weiterer Meilenstein hin zu einer nachhaltigeren Schule. Sie sind der Kompass, an dem wir uns weiter orientieren und leiten lassen werden – für unsere Kinder, für uns und die ganze Welt.“